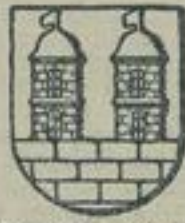


# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und dem Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. Inland. Ausland 3,50 Mk. Einzelnummern 10 Pf. Anzeigenpreise: 10 Pf. pro Zeile und Woche. Kleinanzeigen 5 Pf. pro Zeile und Woche. Anzeigen für die Landwirtschaft werden nach Möglichkeit bevorzugt. Anzeigen für die Landwirtschaft werden nach Möglichkeit bevorzugt. Anzeigen für die Landwirtschaft werden nach Möglichkeit bevorzugt.

Verlagspreis: Die 4 Spaltenreklameweise 20 Goldpfennig, die 2 Spaltenreklameweise 15 Goldpfennig, die 1 Spaltenreklameweise 10 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig. Vorkasse und Postumschreiben sind nicht zulässig. Anzeigen für die Landwirtschaft werden nach Möglichkeit bevorzugt. Anzeigen für die Landwirtschaft werden nach Möglichkeit bevorzugt. Anzeigen für die Landwirtschaft werden nach Möglichkeit bevorzugt.

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Rostock

Nr. 296. — 83. Jahrgang. — Telegr.-Nr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Freitag, 19. Dezember 1924

## Der amerikanische Weltgläubiger.

Am 15. Dezember hat die englische Regierung eine Katenzahlung der britischen Schuld an die Vereinigten Staaten im Betrage von über 91 Millionen Dollar angeführt. Neben den Zinsen, in Höhe von 68 Millionen, sind 23 Millionen Kapitaltilgung dabei.

Vor zwei Jahren hat bekanntlich England als erster Staat ein Schuldentilgungsabkommen mit Amerika abgeschlossen und seitdem einen recht beträchtlichen Teil seiner Schulden getilgt. Freilich, die Summe von fast einer Milliarde Pfund Sterling, die England an Amerika noch zu zahlen hat, bedarf zu ihrer Tilgung eines Zeitraumes von 60 Jahren. Aber auf der anderen Seite hat England von seinen Kolonien rund 131 Millionen, von den Verbündeten über zwei Milliarden Pfund Sterling zu fordern, dazu kommen Hilfs- und Wiederaufbau-Anleihen im Betrage von über zwei Milliarden Pfund Sterling. Ein wohl uneinreichbarer Posten sind aber die 722 Millionen Pfund Sterling, die England während des Krieges dem russischen Verbündeten geliehen hat. Auch die Schulden der britischen Dominien werden wohl abgebuht werden müssen.

Der englischen Schuld an Amerika sieht nun aber im Betrage von Zweidrittel dieser Schuld eine englischen Forderung an Frankreich gegenüber. Über 623 Millionen Pfund Sterling schuldet Frankreich dem englischen Entente-genossen; außerdem hat dieser von Italien nicht viel weniger, nämlich über 550 Millionen Pfund Sterling, zu verlangen. Beide Länder haben freilich erklärt, daß sie nicht zahlen wollen. Denn Frankreich schuldet außerdem noch an die Vereinigten Staaten die nicht gerade kleine Summe von 3,6 Milliarden Dollar nebst Zinsen und Italien gleichfalls fast zwei Milliarden Dollar nebst Zinsen. Die Vereinigten Staaten haben überhaupt zu fordern fast 6,5 Milliarden Dollar und Zinsen, abgesehen von Englands Schulden an Amerika, die ja verzinnt und amortisiert werden.

Frankreich ist übrigens noch Gläubiger. Es hat an Italien während des Krieges etwa eine Milliarde Goldfrank geliehen, an Belgien 2,25 Milliarden und an andere Länder 1,75 Milliarden Goldfrank. Vor allem aber hat es an seinen Verbündeten Rußland während des Krieges vier Milliarden Goldfrank gepumpt, so daß sich französische Forderungen in Höhe von rund 360 Millionen Pfund Sterling und Schulden in Höhe von rund 1 1/2 Milliarden Pfund Sterling gegenübersehen, d. h. Frankreich hat ein buamäßiges Debitaldo von über 20 Milliarden Goldmark.

Der amerikanische Präsident Coolidge hat nach seiner Neuwahl in seiner Botschaft an den Kongress wieder kategorisch erklärt, Frankreich müsse jetzt endlich daran denken, sein Schulden zu bezahlen. Diese Schulden Frankreichs an Amerika belaufen sich aber auf nicht weniger als rund 3,6 Milliarden Dollar, also 750 Millionen Pfund Sterling, sind also noch beträchtlich größer als die französische Schuld an England. Denn jene sind allein um einen Zinsbetrag von rund 75 Millionen Pfund Sterling angewachsen. Zurzeit hält sich eine französische Kommission in Amerika auf, um die Frage der französischen Schulden zu besprechen, und Amerika hat erklärt, daß es Frankreich in jeder Form entgegenkomme wolle. Darüber ist aber wieder Churchill in London wild geworden, weil England bei Dollar und Pfennig seine Schulden bezahlen muß. Das kann man den Engländern auch schlechtlich nicht verdenken. Sie haben ihre Schulden anerkannt und zahlen, während Frankreich noch nicht einen einzigen Dollar bezahlt hat und nun besser behandelt werden soll, als die englischen Schuldner. Die Belastung des englischen Budgets mit der Jahreszahlung von 30 Millionen Pfund, also 600 Millionen Mark an Amerika bedeutet eine sehr schwere Last. Und Churchill hat daraufhin sofort einmal Amerika wissen lassen, daß er die Vaisournote vom 1. August 1922 wieder erneuern wolle, worin gesagt worden war, daß England nur soviel an die Vereinigten Staaten zahlen könne, als es selbst von seinen Schuldnern erhalte. Und zum andern hat Churchill gedroht, in diesem Fall von Frankreich die 623 Millionen Pfund einzufordern. Die Absicht, die Churchill bei diesem Auftreten verfolgt, ist natürlich einfach die, von Amerika einen Teilnachlaß der englischen Schuld zu erhalten.

Auf eins haben sich die Vereinigten Staaten als eigentlicher Weltgläubiger aber nicht eingelassen, nämlich darauf, daß Deutschland die englischen bzw. französischen Schulden übernehmen und bezahlen soll. Ob nun die Ausführung des Dawesgutachtens namentlich Frankreich in die Lage versetzen wird, an das Bezahlen seiner Schulden heranzugehen, mag wohl etwas zweifelhaft erscheinen, weil Frankreich immer erklärt hat, daß es dieser interalliierten Schuldenzahlung die Befriedigung der heimischen Ansprüche immer vorziehen wird.

## Militärkontrolle in Österreich.

Wien, 17. Dezember. Um die militärische Kontrolltätigkeit in Österreich abzuklären, hat die Spitzenkonferenz einer Generalsinspektion durch das Einbauorgan des internationalen Heeresüberwachungsaußenbüros verfaßt und dieses Organ durch mehrere französische, englische und italienische Offiziere verstärkt. Die Generalsinspektion wird in den nächsten Tagen beginnen und sich sowohl auf das Bundesheer als auch auf die Privatindustrie erstrecken.

## Die Regierungsbildung auf dem toten Gleise.

Dr. Wiedfeldt, Dr. Luther oder —?

Berlin, 17. Dezember.

Der aus seinem Erholungsurlaub in Fürstenberg heute in Berlin eingetroffene Reichsaussenminister Dr. Stresemann wurde alsbald vom Reichspräsidenten empfangen. Nach einer längeren Unterredung hat der Reichspräsident dem Außenminister die Kabinettsbildung an Dr. Stresemann überlassen und darauf Bedenkzeit bis heute abend. Wie behauptet wird, soll Stresemann den Gedanken erwägen, an seiner Stelle eine seiner Partei angehörige, sog. überparteiliche Persönlichkeit zur Regierungsbildung vorzuschlagen. Ein Abendblatt nennt als diese Persönlichkeit den jetzigen Vorkämpfer in Amerika Dr. Wiedfeldt, zweifelt aber selbst an der Wahrheit des Gerüchts. Auch der Name des jetzigen Reichsfinanzministers Dr. Luther wird in diesem Zusammenhang genannt.

Dr. Stresemann soll vor endgültiger Entscheidung die Beschlüsse der noch tagenden Zentrumsfraktion und der Fraktion der Deutschen Volkspartei abwarten wollen. In der Zentrumsfraktion äußerten sich nach einem Referat des Reichsfinanzministers mehrere Mitglieder gegen die Idee des Bürgerblocks und traten für die Große Koalition oder die Erhaltung der jetzigen Regierungskoalition der Mitte ein. Ein formulierter Beschluß steht zur Stunde noch aus. Die kommunistische Reichstagsfraktion hat einen Beschluß gefaßt, in dem erklärt wird, daß die Kommunisten jede beliebige Parteikombination, wie sie auch ausfallen möge, bis zur Zerschindung bekämpfen werde. Heute abend empfing der Reichspräsident den Führer der Bayerischen Volkspartei Prälat Leicht. Dem Vernehmen nach sprachen sich die Mitglieder der Wirtschaftspartei dahin aus, daß die Wirtschaftspartei sich an einer einseitigen Einzelregierung nicht beteiligen, einer mittelparteilichen Regierung aber eine eventuelle Unterstützung und Teilnahme nicht versagen wird.

## Der Bürgerblock am Zentrum gescheitert

Eigener Fernsprechkdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Berlin, 17. Dezember. Die Zentrumsfraktion hat am Schluß ihrer Fraktionsberatung einstimmig folgenden Beschluß gefaßt: „Die Zentrumsfraktion hält grundsätzlich an dem Streben zur Bildung einer Regierung der Volksgemeinschaft fest. Sie lehnt vorwiegend aus außenpolitischen Gründen die Beteiligung an einer Koalition ab. Sie wird sich nur an einer Regierung beteiligen, die die Gewähr für die unveränderte Fortführung der bisherigen Politik der Mitte bietet.“ Die Zentrumsfraktion hält damit ihre Aufgabe vorläufig für erledigt und hat noch keine neue Sitzung anberaumt.

## Die Volkspartei über eine bürgerliche Mehrheitsregierung.

Eigener Fernsprechkdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Berlin, 18. Dezember. Die gestrige Aussprache in der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei ergab die einstimmige Auffassung, daß die einzige Lösung der Frage einer Regierungsbildung entsprechend der bisherigen Politik der Reichstagsfraktion nur in der Bildung einer tragfähigen bürgerlichen Mehrheitsregierung zu erblicken ist. Diese Stellungnahme der Fraktion ist sofort dem im Reichstag weilenden Parteiführer Dr. Stresemann mitgeteilt worden.

## Stresemann lehnt ab.

Eigener Fernsprechkdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Berlin, 18. Dezember. Ueber das Ergebnis des neuesten Besuchs Dr. Stresemanns beim Reichspräsidenten wird

folgende halbamtliche Mitteilung ausgegeben: Die Fraktion der Deutschen Volkspartei hat heute nachmittags nach Bekanntgabe des Beschlusses der Zentrumsfraktion beschlossen, sich an der Regierungsbildung führend nicht zu beteiligen. Auf Grund dieses Beschlusses hat Reichsminister Dr. Stresemann den Reichspräsidenten gebeten, von der Vertrauenssetzung seiner Person mit der Regierungsbildung abzusehen.

## Der Beschluß der Wirtschaftspartei.

Eigener Fernsprechkdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Berlin, 18. Dezember. Die Wirtschaftspartei hat in einer gemeinsamen Sitzung der Reichs- und Landtagsfraktion im Preußenhaus zur Regierungsbildung Stellung genommen. Die Partei wird eine Regierung, in der Sozialdemokraten vertreten sind, grundsätzlich nicht unterstützen. Sie wird eine bürgerliche Regierung unterstützen, wenn die Stimmen der Wirtschaftspartei dazu notwendig sind. Im übrigen wird die Partei ihre Stellungnahme einer bürgerlichen Regierung gegenüber von deren Verhalten zu den Forderungen des Mittelstandes abhängig machen.

## Der Aufstand in Albanien.

Eigener Fernsprechkdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Belgrad, 18. Dezember. Der Aufstand in Albanien trägt den Charakter einer sorgfältig vorbereiteten Bewegung. Die letzten Meldungen bestätigen, daß Ahmed Bey Jogu die Führung des Aufstandes übernommen hat. In einem Aufruf fordert er die Bevölkerung auf, sich dem Kampf gegen die Unterdrückung anzuschließen. Gestern abend hat sich in der Gegend von Tirana ein heftiger Kampf abgespielt. Die Regierungstruppen haben sich auf Tirana zurückgezogen, das von Norden her von den Truppenabteilungen Akrens bedroht wird, die bereits dem Orte Krojo, 20 Kilometer von Tirana entfernt, besetzt haben.

## Polens Versprechungen an seine litauischen Bürger.

Warschau, 17. Dezember. Minister Zhanuti, dem die Angelegenheiten der nationalen Minderheiten unterliegen, hat bei einem Besuch in Litauen eine Abordnung der dortigen Bevölkerung empfangen und dabei eine Rede gehalten, in der er eine Vereinfachung der Gesetzgebung, den Ausbau der Selbstverwaltung und Dezentralisierung der Verwaltung in Aussicht stellte. Weiter sagte Zhanuti die schnelle Durchführung der Agrarreform in den Ostgebieten durch die Regierung zu.

## Deutsch-italienische Handelsvertragsverhandlungen.

Rom, 17. Dezember. Die Verhandlungen zum deutsch-italienischen Handelsvertrag werden über Weihnachten eine wahrscheinlich zweiwöchige Unterbrechung erleiden, die deutschseits dazu ausgenutzt werden soll, um einige juristische Fragen im Reichsjustizministerium zu klären. Eine offizielle Erklärung zu der deutschen Forderung der Weißbegünstigungsklausel ist noch nicht abgegeben worden. Zurzeit sind beide Kommissionen mit der Prüfung der gegenseitig überreichten Vorklären beschäftigt, in denen die Gegensätze der Wünsche der italienischen Industrie und Landwirtschaft sich geltend machen.

## Ein Hochverratsverfahren vor dem Staatsgerichtshof.

Leipzig, 17. Dezember. Vor dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik begann heute eine Verhandlung, die die kommunistische Putschorganisation in Redeburg zum Gegenstande hat. Angeklagt sind sieben Personen wegen Hochverrats in Verbindung mit Vergehen gegen das Sprengstoffgesetz und das Gesetz zum Schutze der Republik. Es handelt sich um Vorbereitungen für einen kommunistischen Putsch, der nach dem Hamburger Putsch vom Herbst 1923 in Mecklenburg beginnen sollte.

## Amerikanischer Kredit für Bayern.

30 Millionen Dollar.

Dem Präsidialmitglied des bayerischen Industriekontaktsverbandes Geh. Regierungsrat Dr. Kublo wurde bei seiner Amerika-reise von einem Konsortium ein Kredit von 30 Millionen Dollar für die bayerische Industrie eingeräumt. Geheimrat Kublo ist gegenwärtig damit beschäftigt, eine Organisation für die Verteilung der bewilligten Kredite durchzuführen, die in erster Linie für die kleineren und mittleren Betriebe flüssig gemacht werden sollen, und zwar derart, daß ihnen Mittel in gleicher Höhe der ihnen durch das Dawesgutachten auferlegten Lasten zur Verfügung gestellt werden. Die sicherzustellen Kredite sollen unter Bedingungen gegeben werden, die eine unbedingende Tätigkeit ermöglichen.

Der Kredit soll in der Höhe von 30 Millionen Dollar von ersten amerikanischen Banken fest zugesichert sein, wenn auch die Verträge noch nicht abgeschlossen sind, da die Organisationsform noch in der Vorbereitung begriffen ist.

## Sowjetrußland gegen Amerika.

Eine scharfe Note Tschitscherins.

Die Regierung der Vereinigten Staaten erhielt eine Note des russischen Außenministers Tschitscherin, in der aufs schärfste gegen das Eindringen amerikanischer Kriegsfahrzeuge in russische territoriale Gewässer in Sibirien protestiert und ... wird, daß im Wiederholungsfall ein solches Vorgehen von der Sowjetregierung auf das entschiedenste unterdrückt werden würde.

Veranlassung für diese Note gab der russischen Regierung die Entdeckung einer Metalltafel mit Inschrift, die an einem Felsen auf der Chukotska-Halbinsel von dem amerikanischen Küstenwachtschiff „Vär“ angebracht wurde. Vom Staatsdepartement in Washington wird erklärt, daß das Schiff Beobachtungen in der Nachbarschaft der Beringstraße für rein wissenschaftliche Zwecke gemacht habe, und zwar bereits im Jahre 1920, als dieses Territorium nicht der Sowjetrepublik, sondern der Regierung der „russischen Republik“ unterstanden habe. Es wird ferner erklärt, daß die amerikanische Regierung die russische Note nicht beantworten werde.

Stichtagsmäßig. In diesen Tagen, Sonntag, den 21. Dezember, wird das Wilsdruffer Tageblatt sein 83. Jahrgang zu Ende bringen. Die Abrechnung der Rechnung über den Betrieb des Wilsdruffer Tageblattes für das Jahr 1924 wird in der nächsten Nummer veröffentlicht. Die Abrechnung der Rechnung über den Betrieb des Wilsdruffer Tageblattes für das Jahr 1924 wird in der nächsten Nummer veröffentlicht. Die Abrechnung der Rechnung über den Betrieb des Wilsdruffer Tageblattes für das Jahr 1924 wird in der nächsten Nummer veröffentlicht.